



Liebe Leserin, lieber Leser

Nach einem bisher sehr positiven Verlauf zeichnet sich zu Monatsbeginn ein erster, noch kleiner Riss in der Prozedur für die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges (NKF) sowie eine – allerdings erwartete – Ablehnung der Bundesverfassung andererseits ab.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat am 2. September mit elf zu zwei Stimmen den Kauf von neuen Kampfflugzeugen für sechs Milliarden Franken befürwortet. Damit wurde eine wichtige erste Hürde im parlamentarischen Prozess für die Beschaffung des NKF genommen. Der Minderheitsantrag wird sich zu Gunsten des ursprünglichen Gesamtpaketes NKF und BODLUV stark machen.

Aus meiner Sicht müsste die Volksabstimmung nur das NKF beinhalten; das Preisschild sollte die an sich unumstrittene und überfällige Erneuerung der Fliegerabwehr nicht beinhalten und damit unnötig erhöhen.

Die von Bundesrätin Amherd beantragte Kompensation von 60% des Vertragswertes fand kein Gehör. Die SiK SR fordert mit acht zu drei Stimmen «eine vollständige Kompensation: Ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Flugzeugbeschaffung Aufträge erhalten, sollen 100 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz kompensieren». Die SiK SR argumentierte, dass nur mit 100% sichergestellt werden könne, dass sich die Wirtschaft in einem Abstimmungskampf geschlossen hinter die Vorlage stelle. Zudem will die Kommission damit gewährleisten, dass alle Regionen von den Offsetgeschäften profitieren. Sie will im Planungsbeschluss einen Verteilschlüssel verankern; demnach würden 65% der Geschäfte in der Deutschschweiz kompensiert, 30% in der Westschweiz und 5% in der italienischsprachigen Schweiz.

Ein derartiger Verteilschlüssel erweckt den Eindruck von Subventionen. Es ist meines Erachtens fraglich, ob diese letzten 40% Kompensationen effektiv zu zusätzlichen Aufträgen führen, die sonst nicht oder kaum in die Schweiz geflossen wären. Über den Offsetanteil kann man geteilter Meinung sein, sicher ist, dass bei 100%, statt den beantragten 60%, das Flugzeug teurer wird; es wäre daher nur fair gewesen, das (an sich schon zu knappe) Kostendach von sechs Milliarden Franken entsprechend anzuheben, um die Anzahl Flugzeuge nicht zu reduzieren.

Die Delegiertenversammlung der Jungsozialist(inn)en Schweiz (JUSO) hat am 31. August als Nachfolgerin von Tamara Funciello in der Person von Ronja Jansen ihre neue Präsidentin gewählt. Jansen ist 24 Jahre alt und studiert Soziologie und Wirtschaft an der Universität Basel, daneben arbeitet sie im Sekretariat der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und macht damit deutlich, wessen Geistes Kind sie ist. Sie lässt denn auch munter verlautbaren, dass der Kapitalismus überwunden, die grossen Banken verstaatlicht und dass – natürlich – die Armee abgeschafft werden müssen.

Nun ist es das Privileg der Jungen, radikale Lösungen vorzuschlagen; dass uralte Parolen aus der untersten Schublade des Kommunismus immer noch verfangen, ist schon erstaunlich. Offenbar gelingt es der JUSO nicht, Lehren aus der Geschichte zu ziehen: kommunistische Patentrezepte haben immer und überall versagt. Die Ereignisse haben immer wieder bewiesen, dass insbesondere kleinere Staaten in der Lage sein müssen, sich zu schützen und zu verteidigen, ohne Armee geht das aber nicht.

Es ist bedenklich, wenn die Mutterpartei, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), wohlberkter Bundesratspartei, es zulässt, dass ihre offizielle Jugendorganisation derart locker gegen die Bundesverfassung verstossen will.

*Mhürden*

Peter Schneider, Chefredaktor  
peter.schneider@asmz.ch